Telefon: 0 233-40400 Sozialreferat
Telefax: 0 233-40500 Amt für Wohnen und Migration

# Unterkunft zur Unterbringung Geflüchteter Neueröffnung am Standort Kaulbachstr. 65

12. Stadtbezirk – Schwabing-Freimann

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 12056

# Beschluss des Sozialausschusses vom 25.01.2024 (VB)

Öffentliche Sitzung

# Kurzübersicht

zur beiliegenden Beschlussvorlage

Anlass	<ul> <li>Erforderliche Maßnahmen zur Unterstützung Geflüchteter</li> <li>Schaffung einer Unterkunft zur Unterbringung Geflüchteter im Stadtbezirk 12</li> </ul>
Inhalt	<ul> <li>Neueröffnung eines Standortes mit einer Unterkunft zur Unterbringung Geflüchteter im 12. Stadtbezirk</li> </ul>
Gesamtkosten/ Gesamterlöse	-/-
Entscheidungsvorschlag	<ul> <li>Zustimmung zur Neueröffnung der Unterkunft am Standort im Stadtbezirk 12</li> <li>Beauftragung der Anmietung und Ermächtigung zum Abschluss eines Mietvertrages</li> </ul>
Gesucht werden kann im RIS auch unter:	<ul><li>dezentrale Unterbringung</li><li>Unterkünfte für Geflüchtete</li><li>Gemeinschaftsunterkünfte</li></ul>
Ortsangabe	<ul><li>12. Stadtbezirk</li><li>Kaulbachstr. 65</li></ul>

Telefon: 0 233-40400 Telefax: 0 233-40500 Sozialreferat

Amt für Wohnen und Migration

# Unterkunft zur Unterbringung Geflüchteter Neueröffnung am Standort Kaulbachstr. 65

12. Stadtbezirk – Schwabing-Freimann

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 12056

Beschluss des Sozialausschusses vom 25.01.2024 (VB) Öffentliche Sitzung

# I. Vortrag der Referentin

# Zusammenfassung

Die Landeshauptstadt München (LHM) steht durch steigende Zugangszahlen von Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Herkunftsländern vor großen Herausforderungen. Sie ist verpflichtet, die Regierung von Oberbayern (ROB) bei der Unterbringung von Geflüchteten zu unterstützen. Im Auftrag der ROB ist die LHM aktuell dazu aufgefordert, 5.625 zusätzliche Bettplätze für Geflüchtete bereitzustellen. In Erwartung weiterer ukrainischer Rückkehrer\*innen aus Privatunterkünften und einem weiteren Zugang an Geflüchteten aus anderen Herkunftsländern hat die ROB die Landkreise und Kommunen aufgefordert, 80 % dieser Kapazität als längerfristige Unterkünfte zu schaffen. Die restlichen 20 % können auch durch kurz- und mittelfristige Unterbringungsmöglichkeiten erfüllt werden.

Die Notwendigkeit und Dringlichkeit, unter Berücksichtigung der aktuellen Situation und der Unterbringungsbedarfe, zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, begründet den nachfolgend vorgestellten Standort.

In der vorliegenden Beschlussvorlage wird vorgeschlagen, die Kaulbachstraße 65 zur Unterbringung geflüchteter Menschen anzumieten.

Die Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11270 (Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 29.11.2023) behandelte die Fortsetzung der Rahmenfinanzierung ab 2024 hinsichtlich der notwendigen Sachkosten und Zuschüsse im Amt für Wohnen und Migration aufgrund der Folgen des Angriffskrieges auf die Ukraine und der steigenden Ankunft weiterer geflüchteter Menschen. Unter anderem hat die Vorlage insbesondere die Bereitstellung von Mitteln für bis zu 5.625 Bettplätze zum Thema.

Die Finanzierung der Anmietkosten soll über die Anmietpauschale, über die die Vollversammlung in der Sitzung am 31.01.2024 entscheidet, erfolgen (vgl. Sitzungsvorlage 20-26 / V 11948, Antragsziffer 7). Andernfalls wird ein gesonderter Finanzierungsbeschluss eingebracht.

# 1 Aktueller Unterbringungsbedarf

Nach wie vor kommen Menschen aus der Ukraine in München an, aktuell (Stand 14.12.2023) waren es in den letzten sieben Tagen 114 Personen.

Die Zahl ankommender Asylbewerber\*innen bei der ROB ist weiter auf einem hohen Niveau. Es sind mit monatlichen Zuweisungen von mindestens 200 Personen zu rechnen.

# 2 Aktuelle Unterbringungssituation (Stand 21.06.2023)

Derzeit sind die kurz- und mittelfristigen Unterkünfte für Asylbewerber\*innen und Menschen aus der Ukraine nahezu voll belegt. Eine Entlastung durch zusätzliche Standorte ist dringend notwendig.

#### 3 Neuer Standort Kaulbachstr. 65

Bei der Kaulbachstr. 65 handelt es sich um das fünfgeschossige ehemalige Altenheim der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG). Das Gebäude steht zunächst kurzfristig ab März/April 2024 zur Anmietung und Umnutzung als Unterkunft für Geflüchtete für 18 Monate zur Verfügung. Eine längerfristige Nutzung ist als Ersatz für die Einrichtung Karla 51 im Wohnungslosenbereich vorgesehen, die aber aufgrund von Umbaumaßnahmen erst ab Mitte 2025 realisiert werden könnte (entsprechende noch folgende Beschlüsse des Stadtrats vorausgesetzt). Insgesamt ist eine Nutzungszeit von ca. 15 Jahren geplant.

Für die 18-monatige Nutzung des Objekts als Unterkunft für Geflüchtete entstehen ca. 110 Bettplätze mit Cateringversorgung. Das Gebäude verfügt über Zimmer mit eigenen Bädern, davon können auch sechzehn Zimmer von Rollstuhlfahrer\*innen genutzt werden.

Eine Kostenzusage der ROB wird eingeholt. Aufgrund der Vorgabe der ROB zur Schaffung weiterer Bettplätze wird mit einer Kostenzusage gerechnet. Das Kommunalreferat hat der Eigentümerin bereits das Interesse der LHM an der Anmietung signalisiert. Eine Anmietung erfolgt erst nach Vorliegen einer Kostenzusage durch die ROB.

# Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Angelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses des 12. Stadtbezirkes vorgeschrieben (vgl. BA-Satzung, Anlage 1, Katalog Sozialreferat, Nr. 1). Der Bezirksausschuss des 12. Stadtbezirkes stimmt der Beschlussvorlage ohne Einwände zu.

### Abstimmung mit anderen Referaten und Stellen

Die Beschlussvorlage ist mit dem Baureferat, dem Kommunalreferat und dem Referat für Bildung und Sport abgestimmt.

Das Kommunalreferat bat mit Stellungnahme vom 15.01.2024, in der Beschlussvorlage Änderungen bzw. Ergänzungen vorzunehmen. Die in der Stellungnahme erbetenen Änderungen bzw. Ergänzungen wurden in die Beschlussvorlage vollumfänglich eingearbeitet.

Eine rechtzeitige Übermittlung der Beschlussvorlage nach Nr. 5.6.2 der AGAM und § 45 Abs. 3 GeschO war aufgrund der kurzfristigen Kenntnis der Möglichkeit der Nutzung dieses Objekt nicht möglich.

Eine Behandlung in der heutigen Sitzung ist jedoch erforderlich, um eine schnellstmögliche Nutzung zu ermöglichen.

Der Korreferentin, Frau Stadträtin Nitsche, der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Gökmenoğlu, der Stadtkämmerei, der Gleichstellungsstelle für Frauen, dem Migrationsbeirat, dem Baureferat, dem Kommunalreferat, dem Referat für Bildung und Sport, dem Sozialreferat/ Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität, den Fraktionssprecher\*innen, den Kinder- und Jugendbeauftragten und dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses des 12. Stadtbezirkes ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

# II. Antrag der Referentin

- 1. Dem neuen Standort Kaulbachstr. 65 im 12. Stadtbezirk zur Errichtung einer dezentralen Unterkunft in einem vorhandenen Containerbau zur Versorgung Geflüchteter wird zugestimmt.
- Das Kommunalreferat wird um die Anmietung der Kaulbachstraße 65 zur Unterbringung von Geflüchteten gebeten und ermächtigt, einen Mietvertrag abzuschließen sowie die Vertragskonditionen fortzuschreiben, sofern die Finanzierung der Anmietung gesichert ist und die Regierung von Oberbayern die Kostenübernahme erklärt hat.
- 3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

#### III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende Die Referentin

Verena Dietl
3. Bürgermeisterin

Dorothee Schiwy Berufsmäßige Stadträtin

### IV. Abdruck von I. mit III.

über D-II-V/SP (2x) an das Revisionsamt z. K.

#### V. Wv. Sozialreferat

- 1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
- 2. An das Sozialreferat, Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität

An das Sozialreferat, S-GL-SP

An das Sozialreferat, S-III-L/S-GK

An das Sozialreferat, S-III-L/QC

An das Sozialreferat, S-III-MF

An das Sozialreferat, S-I-AP

An das Sozialreferat, S-II-KJF/A

An die Gleichstellungsstelle für Frauen

An das Kommunalreferat

An das Baureferat

An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung

An den Migrationsbeirat

An die Vorsitzende, die Fraktionssprecher\*innen und die Kinder- und Jugendbeauftragten des Bezirksausschusses des Stadtbezirks 12

An die Gleichstellungsstelle für Frauen

z.K.

Am